

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1995
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Nordrhein-Westfalen

„Die liberale Vision“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Köln am 18./19. März 1995)

F.D.P.
Die Liberalen

Die liberale Vision

**Programm
der F.D.P. NRW
für die
Landtagswahl '95**

F.D.P.
Die Liberalen

Freie Demokratische Partei, Landesverband Nordrhein-Westfalen,
Postfach 320348, 40418 Düsseldorf
Wolfgang-Döring-Haus, Sternstr. 44, 40479 Düsseldorf,
Telefon 02 11 / 497 09-0, Telefax 02 11 / 497 09-10

Beschluß
des 48. ordentlichen Landesparteitages
der F.D.P. Nordrhein-Westfalen
am 18. und 19. März 1995 in Köln

Die liberale Vision

**Programm
der F.D.P. NRW
für die
Landtagswahl '95**

Beschluß
des 48. ordentlichen Landesparteitages
der F.D.P. Nordrhein-Westfalen
am 18. und 19. März 1995 in Köln

Inhalt

Wir übernehmen Verantwortung in der Bürgergesellschaft!	6
Wir machen Schluß mit der Politik zu Lasten unserer Kinder!	7
Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Industrielandes NRW!	8
Die liberale Vision	9
Wohlstand sichern durch technischen Wandel	10
Mit einer Forschungs- und Technologieoffensive NRW auf Zukunftskurs bringen!	
Neue Arbeitsplätze durch Erneuerung der Wirtschaft.	13
Marktkräfte entfesseln!	
In die Zukunft unserer Kinder investieren	16
Erste Priorität in der Landespolitik für die Bildung!	
Schutz und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen	19
Markt und Einsicht statt Verordnungen!	
Zu viel Staat, zu wenig Eigenverantwortung	22
Bürgersinn statt Bürokratie!	
Der Bürger wird zum Dukatenesel	24
Steuern, Abgaben und Schulden senken!	
Kriminalität bedroht Bürger und Staat	26
Straftaten vorbeugen und entschlossen bekämpfen!	
Auf verstopften Straßen geht es nicht mehr voran	28
Spurwechsel in der Verkehrspolitik!	
Nicht nur Städte hat das Land	30
Den ländlichen Raum wirtschaftlich stärken!	
Sport fördern. Gesundheit stärken.	31
Mehr Vorsorge spart Nachsorge!	
Der Erneuerung aus der Mitte verpflichtet:.	34
NRW braucht den frischen Wind liberalen Geistes	

Wir übernehmen Verantwortung in der Bürgergesellschaft!

Die F.D.P. in NRW steht für die Idee der **Bürgergesellschaft**: Bürger, die bereit sind, aus freier Entscheidung **Verantwortung** für das eigene Leben und für das Leben anderer zu übernehmen - in der Familie, im Beruf, im Ehrenamt. Ohne solchen Bürgersinn verkommen der Staat, die Gesellschaft und der einzelne.

Bürgersinn heißt: Die Gemeinschaft nicht überfordern. Deshalb muß der Umfang öffentlicher Aufgaben auf das Sinnvolle und auf das Wesentliche konzentriert werden. Öffentliche Verwaltung ist kein Selbstzweck, dem sich die Menschen unterzuordnen haben.

Bürgersinn heißt auch: Die **Leistungsfähigen** in einer Gesellschaft müssen bereit sein, einen Teil ihrer Kraft für die Schwachen einzusetzen. Allgemeiner **Wohlstand und sozialer Ausgleich** setzen aber voraus, daß die Leistungsbereiten ihre **Fähigkeiten frei entfalten** können.

Die Freien Demokraten in NRW wollen deshalb eine **Chancengesellschaft**, die in Wirtschaft und Bildung, in Medien und Kultur den **Markt der Ideen** und den **Wettbewerb der Initiativen fördert**. Bevormundende Regelwerke, aufgeblähte Systeme, verkrustete Strukturen, marode öffentliche Haushalte, die Herrschaft weniger Großkonzerne und Banken sind ein Hemmschuh für Initiative und Eigenverantwortung.

Wir Freien Demokraten in NRW fordern den Bürgerinnen und Bürgern viel ab: **Verantwortung, Leistung, Initiative** und die Bereitschaft, Risiken auf sich zu nehmen. Wir muten das den Menschen in unserem Land zu, weil wir es ihnen zutrauen, weil wir das Wort von den **mündigen Bürgern** ernst nehmen.

Wir machen Schluß mit der Politik zu Lasten unserer Kinder!

Die Politiker haben den Menschen jahrzehntelang immer mehr Risiken abgenommen und jedes Problem für lösbar erklärt. Heute wissen wir: So geht das nicht weiter!

Die Politik hat ein Trugbild gezeichnet, wonach Freiheit und Sicherheit in allen Lebenslagen vom Staat geliefert werden können. Mächtige Interessengruppen, Gewerkschaften, Verbände und Parteien haben ein **Anspruchsdenken** erzeugt, dem Selbstverantwortung überflüssig erschien. Solidarität und Nächstenliebe sind zur staatlichen Dienstleistung verkommen.

Immer wird der Staat dazu neigen, die Freiräume der Bürger mit dem fürsorglichen Blick auf das Allgemeinwohl zu beschneiden und in seine Tasche zu greifen.

Wir wollen die **Reprivatisierung der Verantwortung!**

Wir müssen damit aufhören, es uns heute bequem zu machen auf Kosten der nächsten Generation!

Wir wissen: Wer dem Bürger ständig in die Taschen greift, wer glaubt, **Politik auf Pump** finanzieren zu können, wer auf den Staat setzt statt auf Selbstverantwortung, gefährdet die Zukunftschancen unserer Kinder, die später dafür zahlen müssen, was ihnen heute unverantwortliche Politik aufhalst. Die NRW-Liberalen machen sich zum Verteidiger der Rechte unserer Kinder gegen die Politik der ständigen "**Verträge zu Lasten Dritter**". Wir machen Schluß mit der Politik auf Kosten der nächsten Generation!

Das gilt gerade auch für die Umweltpolitik, die darauf ausgerichtet sein muß, daß die zukünftigen Generationen unter besseren Umweltbedingungen leben.

Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Industrielandes NRW!

Die Liberalen haben sich für die **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit** Nordrhein-Westfalens eingesetzt, als viele Politiker, aber auch viele Bürger davon noch nichts hören wollten. Wir haben uns nie beirren lassen: Offenheit für ständige Innovation, neue Ideen, wirtschaftliches Denken und Handeln sind unser Markenzeichen.

Wer will, daß alles beim alten bleibt, wer nur den Status Quo sichern will, der gefährdet nicht nur die **Zukunftschancen unserer Kinder**, sondern auch den Wohlstand und die **Arbeitsplätze** der Berufstätigen, die **Renten** und den Lebensstandard der Älteren.

Die **Sozialdemokraten** in NRW haben die Zeit ihrer **absoluten Mehrheit** nicht genutzt, um soziale Gerechtigkeit mit der notwendigen Wettbewerbsfähigkeit zu vereinbaren. Sie haben allein auf den Staat gesetzt, nicht auf die Kreativität und Tatkraft des einzelnen und die Selbstverantwortung der Bürger. Mit der Politik der Gießkanne, mit **Gleichmacherei** und **Schuldenmacherei**, dem Festhalten an überholter Ideologie, Technologiefeindlichkeit und Marktangst läßt sich Wettbewerbsfähigkeit nicht erhalten.

Mit einer **Staatspartei** wie der SPD ist kein Staat mehr zu machen! Zu lange hat die SPD-Regierung die großen Unternehmen gehätschelt und gepöppelt unter sträflicher Vernachlässigung des Mittelstandes: der dynamischsten Kraft der Erneuerung. Mit ihrer Politik hat die SPD die alten Industrien finanziert, das Geld der Steuerzahler verplempert und die Chancen unserer Kinder auf **zukunftsfähige Arbeitsplätze** gefährdet.

Die **Grünen** können Ökologie und Wettbewerbsfähigkeit nicht versöhnen. Ihre Technikangst verhindert sogar die Entwicklung einer ressourcenschonenden Wirtschaft. Sie entwickeln sich immer mehr zu einer Partei der Absicherungen im öffentlichen Dienst. Sie setzen auf die **Philosophie der Staatsknete** und würden die Rechte unserer Kinder auf eigene Bestimmung ihrer Zukunft mit Steuern und Abgaben verfrühstücken. **Freiheitsfeindlich** suchen sie ihr Heil in Verboten und Reglementierungen.

Die **Blüm-CDU** steckt im Spagat zwischen Wirtschafts- und Sozialflügel. Sie redet vom notwendigen Umbau der sozialen Sicherung, aber entscheidet sich **im Zweifel für den Staat, die kollektive Absicherung** statt für das Prinzip

Selbstverantwortung. Sie riskiert, daß **der Generationenvertrag zerbricht**.

Alle Variationen **schwarz-rot-grüner** Koalitionen heißen für die Wettbewerbsfähigkeit NRW's nichts Gutes. Der kleinste gemeinsame Nenner dieser Allianzen ist immer der Griff in die Taschen der Bürger.

Wir Liberalen unterscheiden uns deutlich von den drei Staatsparteien: Wir sind die eigentliche **Marktwirtschafts- und Innovationspartei** im Industrieland NRW. Wir setzen beim Strukturwandel auf die, die von der Erneuerung wirklich etwas verstehen, auf den Mittelstand. Seiner Innovationskraft muß der Weg freigemacht werden von bürokratischen Hürden. Ohne Erneuerung gibt es keine Wettbewerbsfähigkeit, ohne Wettbewerbsfähigkeit keine Arbeitsplätze.

Die liberale Vision:

Liberalismus ist auch eine **Lebenshaltung**: aktiv gestalten statt passiv erleben; streben nach Glück statt beglückt zu werden; initiativ sein statt geführt zu werden; selber denken statt bedacht zu werden. Wer souverän mit seinem Leben umgeht, hat Achtung vor anderen, ist tolerant und offen, gerecht und solidarisch. Er ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich in die Pflicht nehmen zu lassen.

Liberalismus ist auch eine **Streitkultur**: argumentieren statt polemisieren; zuhören statt faseln; den eigenen Verstand gebrauchen statt fremden Ideologien nachzurennen; sachlich begründen statt demagogisch verführen. Der Liberale streitet für seine Überzeugung kämpferisch, aber er respektiert die Überzeugungen der Anderen. Er wird die Mehrheit achten, aber ihr nicht opportunistisch folgen.

Das ist unsere **liberale Vision**:

- Schluß mit der Politik zu Lasten unserer **Kinder!**
- Mehr **Selbstverantwortung** statt immer mehr Staat!
- Neue Arbeitsplätze durch Stärkung der **Wettbewerbsfähigkeit!**

Für diese Politik wollen wir eine **eigenständige**, von Koalitionsrücksichten und Bündnisfestlegungen unbeschwerte Überzeugungskampagne bei den Bürgerinnen und Bürgern führen.

Die Herausforderung: Wohlstand sichern durch technischen Wandel

Der Anteil der Wirtschaft des Landes am Weltmarkt für High-Tech-Produkte sinkt. Nach Datenverarbeitung und Mikroelektronik hat das Land inzwischen auch den Anschluß an Bio- und Gentechnik sowie an die neuen Verkehrstechniken verpaßt. Nun dürfen wir nicht auch noch den Schritt ins Informationszeitalter verschlafen. Die Zukunft Nordrhein-Westfalens als Standort für die Chemie steht auf dem Spiel. In der Energiepolitik hat die Landesregierung falsche Prioritäten gesetzt. Sie verteuern die Energie und sind dem Klimaschutz entgegengerichtet.

Was nützt uns die in Europa höchste Dichte an Forschungseinrichtungen, wenn andere die Zinsen auf das hier investierte Kapital kassieren. Das geschieht zur Zeit vor allem durch vorurteilsfreiere und innovativere Konkurrenz. Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen profitiert zu wenig von seinem beachtlichen Forschungspotential. Das muß anders werden: Erneuerung braucht den technischen Wandel, auch in der Produktion.

Die liberale Antwort: Mit einer Forschungs- und Technologieoffensive NRW auf Zukunftskurs bringen!

Wir müssen schneller unsere Produkte, Verfahren und Dienstleistungen erneuern, die Forschungsergebnisse schneller vermarkten.

Das Forschungs- und Wissenschaftspotential des Landes bietet das Wissen für Solar- und Umwelttechnik. Es bietet auch reichlich gentechnisches Know-how für die Zukunftssicherung des Chemiestandortes NRW. Er ist immerhin der fünfgrößte der Welt. Sein heutiger Status allerdings ist gefährdet. Er verliert an Zukunftschancen, weil das politische Klima die wirtschaftliche Nutzung der Gentechnik im Lande behindert. In Köln und Leverkusen, in Wuppertal und Düsseldorf, im Ruhrgebiet, in Münster und in Ostwestfalen wird abgebaut statt ausgebaut für die Zukunft.

Wir wollen die Wende. Die Chancen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts müssen im Lande nicht nur diskutiert, sondern auch genutzt werden. Auch ungenutzte Chancen haben ihre Risiken: nicht nur für den Arbeitsmarkt,

sondern auch für die Sicherheit der Menschen und für den Schutz der Umwelt.

Dies gilt besonders für die so kontrovers diskutierte Gentechnik. Ärztlicher Heilkunst entziehen sich noch viele der mehr als 4.000 Erbkrankheiten, eine große Zahl bösartiger Tumore, zahlreiche Allergien sowie Virusinfektionen, Hepatitis und auch Aids. Die Gentechnik verspricht nicht nur die Klärung der Ursachen, sondern auch erfolgreiche Therapien. Nur wenn Forschung bei uns stattfindet, können wir diese Chance nutzen und gleichzeitig die Entwicklung aufmerksam begleiten. Wir fordern deshalb, die gentechnische Forschung im Lande unter Beachtung ethischer Kriterien zu stärken, ihre industrielle Nutzung verantwortungsvoll zu fördern sowie Transparenz für den Verbraucher zu gewährleisten.

Zukunftsangst und Fortschrittsfeindlichkeit sind schlechte Ratgeber. Deshalb fordert die F.D.P. zum Beispiel in NRW und bundesweit eine verstärkte Förderung der Forschung sowie der industriellen Nutzung auf dem Gebiet der Gentechnik. Wir müssen den Ehrgeiz haben, modernste und beste Forschungs- und Bildungseinrichtungen vorzuhalten für den wichtigsten Rohstoff in unserem Land: Köpfe sind unser Kapital. Dabei müssen vorrangig die Technologien des 21. Jahrhunderts gefördert werden, neben der Gen- und Biotechnologie die Informations- und Kommunikationstechnik, Umwelt-, Luft- und Raumfahrttechnik.

Bei unseren Hauptkonkurrenten auf den Weltmärkten geschieht das längst. Hier haben Wissenschaft und Wirtschaft strategische Allianzen gebildet für die Eroberung der Märkte von morgen. Die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft muß massiv vorangebracht werden. Produkte, Verfahren und Dienstleistungen müssen technisch erneuert werden. Das Wissen dazu ist in den Forschungseinrichtungen des Landes vorhanden. Es muß nur hinübergetragen werden in die industrielle Praxis. Dazu fordern wir ein Programm gezielter Maßnahmen, das den Wissenstransfer beschleunigt.

Köpfe sind unser Kapital. Dieses Potential muß konsequent genutzt werden. Das gilt auch für die Telekommunikation. Auch für den Industriestandort NRW ist die Telekommunikation von entscheidender Bedeutung. Hier tut sich nicht nur ein neuer Megamarkt auf, der einige hunderttausend neue Arbeitsplätze in Aussicht stellt. Schon jetzt ist die Information der vierte Produktionsfaktor. Wer über ihn

verfügt, der hat im Wettbewerb die Nase vorn. NRW hat das Zeug zum Vorreiter der Entwicklung.

Die Nutzung der Datenautobahn braucht Ideen für den schnellen und gezielten Transport der Information. Auch hier bauen wir auf den Mittelstand:

Wirklich neue Produkte entstehen vornehmlich in kleinen und mittleren Unternehmen, in denen ausreichend Freiräume für Innovation und Kreativität vorhanden sind. Deshalb wollen wir bessere Chancen für Innovatoren, Erfinder und Existenzgründer.

Die Erneuerung unserer Informationsgesellschaft bedingt auch eine Deregulierung des nordrhein-westfälischen Medienrechts. Liberale wollen freie Medien in einem freien Staat. Die F.D.P. fordert daher eine stärkere freiwillige Selbstkontrolle privater Anbieter elektronischer Medien und widersetzt sich Einschränkungen der Pressefreiheit. Der Medienkonzentration ist wirkungsvoll mit Bundeswirtschafts- und Kartellrecht entgegenzuwirken. Die Liberalen halten an der Existenz der ARD fest, fordern aber Einsparungen und eine klare Straffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die staatsvertragliche Garantie der jetzigen Rundfunkgebühren kann längerfristig nicht aufrechterhalten werden. Das Zwei-Säulen-Modell des lokalen Hörfunks ist aufzuheben, um so einen wirklichen Privatfunk zu ermöglichen.

Die Herausforderung:

Neue Arbeitsplätze durch Erneuerung der Wirtschaft

Neue Industrie- und Wachstumszentren entstehen in der Welt. Die Märkte werden global. Der Wettbewerb der Standorte verschärft sich. Billiglöhne in Osteuropa bedrohen Arbeitsplätze an Rhein und Ruhr. Die Arbeitslosenquote von 13 Prozent im Ruhrgebiet mahnt: Die strukturellen Defizite des Landes dürfen nicht noch größer, der Strukturwandel muß beschleunigt werden. Alle Kraft des Landes muß darauf gerichtet werden. So wie bisher darf es nicht weitergehen. Wer zu lange am alten festhält, der schafft den Neuanfang nicht.

Die liberale Antwort:

Marktkräfte entfesseln!

Höheres Wachstum fällt nicht wie Manna vom Himmel, sondern entsteht, wenn weniger Regulierungen die Wirtschaft bremsen und **mehr Innovationen** die Entwicklung vorantreiben.

Die Freien Demokraten setzen auf die Innovativen, die noch selbst die Ärmel hochkrepeln, um Neues zu schaffen, die nicht dazukaufen, was sie zum Überleben brauchen, wie es die Großkonzerne tun. Der **Mittelstand ist unser Favorit** bei der Erneuerung der Wirtschaft des Landes. Der Mittelstand ist das Herz unserer Wirtschaft. Nur durch Flexibilität, Anpassungsbereitschaft und Kreativität, insbesondere der kleineren und mittleren Unternehmen können wir auch in Zukunft neue Arbeitsplätze schaffen, unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken, soziale Sicherheit und den Schutz der Umwelt finanzieren.

Wir wollen alles kappen, was diese Kräfte an ihrer Entfaltung hindert. Und wir wollen alles tun, um diese Kräfte zu wecken. Der Bevorzugung der großen Konzerne und einer Politik zum Nachteil des Mittelstandes erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen die einseitige Politik der SPD zu Gunsten der Montanindustrie, der Großunternehmen und nur einer Region, dem Ruhrgebiet, ändern in eine Politik der **Chancengleichheit** für alle Branchen, alle Unternehmensgrößen, alle Regionen und alle Arbeitnehmer. Veraltete Strukturen dürfen nicht künstlich mit Steuergeldern am Leben erhalten werden. Dadurch werden die Chancen des

notwendigen Strukturwandels vertan, die negativen Auswirkungen aber verstärkt.

Eine Privilegierung der heimischen Steinkohle aus Gründen der Versorgungssicherheit ist heute nicht mehr gerechtfertigt. Die Subventionierung der Steinkohle in NRW auf Kosten der Steuerzahler verlangsamt einerseits den notwendigen Strukturwandel, andererseits werden dadurch die dringend notwendigen Mittel für die Finanzierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung verringert. Deshalb spricht sich die F.D.P. **für einen Abbau dieser – und anderer – Subventionen** aus.

Wir wollen die Märkte entmonopolisieren, mehr Wettbewerb für Ideen und Leistungen ermöglichen. Die F.D.P. fordert, endlich die gesetzlichen und steuerpolitischen Schritte zu tun, um Risikokapital zu mobilisieren und die Schwellen zu unternehmerischer Selbständigkeit zu senken. Wir wollen eine **Offensive für Existenzgründungen**, neue Chancen für unternehmerischen Wagemut.

Wir wollen keinen Schutzwall um den Mittelstand. Wir wollen aber einen fairen Wettbewerb der Kleinen gegen die Großen aus Industrie, Handel und Finanzwelt. Deshalb fordert die F.D.P. in NRW: Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, werden deutlich geringer versteuert. Für künftige Investitionen können steuerfreie Rücklagen gebildet werden. Die Macht der Banken ist einzuschränken. Sie sollen Finanzdienstleistungen und mehr Risikokapital anbieten, aber nicht als unternehmerische Konkurrenten auftreten. Deshalb sind Industriebeteiligungen der Banken deutlich zurückzufahren und die Zahl der Aufsichtsratsmandate zu reduzieren.

Um dem Mittelstand wieder eine Chance zu geben im Wettbewerb mit den Giganten, ist das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen mittelstandsfreundlich zu novellieren. Wir wollen zudem so bald wie möglich die Aufhebung des Rabattgesetzes, die große UWG-Novelle und die Novellierung und Flexibilisierung des Ladenschlußgesetzes.

Neue Arbeitsplätze sieht die F.D.P. in weiteren Feldern: Ausbildung, Bildung und Weiterbildung, Verkehr und Logistik, Gesundheit und Betreuung junger und alter Menschen, Unterhaltung und Kultur, Häuserbau und Wohnen, Innere Sicherheit, Entsorgung und Energie, gesunde Ernährung, wenn die Arbeitskräfte sich unbelastet von rechtlichen und bürokratischen Hemmnissen entfalten könnten.

Wir setzen aber auch auf die Anerkennung der **privaten Haushalte als Arbeitgeber**. Auch dort könnten Hunderttausende von Arbeitsplätzen gewonnen werden.

Millionen von Arbeitsplätzen verspricht der Weg in die Informationsgesellschaft. Die Industriegesellschaft befindet sich im Wandel zur Informationsgesellschaft, durch veränderte Formen der Arbeit und der Kommunikation gekennzeichnet. Ihre Zukunft hat bereits begonnen, wie die rapide Zunahme an Fernsehkanälen, Satelliten, innerbetrieblichen Kommunikationsnetzen oder Datenbanken deutlich macht. Hier muß der unternehmerischen Kreativität mehr Raum geboten werden, z. B. durch die Möglichkeit zur Schaffung lokaler Fernsehsender. Mit den technischen Neuerungen der Informations- und Kommunikationstechnik lassen sich neue Märkte erschließen, neue Arbeitsplätze schaffen, strukturschwache Regionen einbinden und Umweltbelastungen durch Verringerung von Verkehr reduzieren.

Die alten Klassengegensätze zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verhindern allzu häufig die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es geht nicht länger um "Kapital" gegen die "Arbeit", sondern um Ansprüche des Marktes an beide. Zur Verpflichtung von Management und Unternehmensführung, neue Märkte zu schaffen, neue Produkte zu entwickeln oder neue Verfahren einzusetzen, kommt auch die Aufgabe, neue Arbeitsbeziehungen zu entwickeln, die Mitarbeiter stärker in die Entscheidungsprozesse des Unternehmens einzubeziehen. Dem steht die Pflicht der Gewerkschaften gegenüber, Tarifverträge zu ermöglichen, in denen die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Erforschung neuer Märkte oder die Entwicklung neuer Produkte forciert und nicht behindert wird.

Die Herausforderung:

In die Zukunft unserer Kinder investieren

Wer ein führendes Industrieland bleiben will, der muß Spitze nicht nur in der Forschung, der muß auch Spitze bei Bildung und Ausbildung sein. Andere Länder haben hier aufgeholt. Wir müssen nachlegen. Die Bildung als beste Zukunftssicherung unserer Kinder - wichtige Grundlage der Erneuerung unseres Landes und Schlüssel zu Chancengleichheit und persönlicher Freiheit - gehört wieder in den Mittelpunkt der Landespolitik. Für Kinder im Vorschulalter fehlen immer noch Betreuungsangebote - sie sind flexibel zu erweitern.

Die liberale Antwort:

Erste Priorität in der Landespolitik für die Bildung!

Die Bildung muß runter vom Nebengleis und wieder einen Schwerpunkt der Landespolitik bilden. Deshalb müssen Schulen und Hochschulen personell und finanziell besser ausgestattet werden. Schul- und Hochschulbetrieb müssen effizienter werden, die Bildungsinhalte sind zu modernisieren. **Die Schulbürokratie erstickt** durch eine Überzahl von Vorschriften jegliche **Bereitschaft zu neuen Wegen**. Die **Gesamtschule** hat die hohen Erwartungen auf Chancengleichheit nicht erfüllt und ist in der jetzigen Form **gescheitert**. Das Land braucht deswegen ein neues Schulsystem auf der Grundlage eines gestrafften Landesschulgesetzes. Statt der vier Schulformen (Haupt-, Real-, Gesamtschule sowie Gymnasium) will die F.D.P. **zwei gleichwertige durchlässige Bildungszüge**, von denen der eine stärker auf die Berufsbildung und der andere stärker auf die wissenschaftliche Ausbildung vorbereitet. Das Gymnasium muß zu einem stärker leistungsorientierten Profil zurückfinden. Für Hochbegabte wie für Lernschwache muß es spezielle Förderprogramme geben.

Auch die berufsbildenden Schulen sind organisatorisch zu straffen. Die Kollegschule ist unter Berücksichtigung der Versuchsergebnisse in das Regelsystem beruflicher Schulen zurückzuführen.

Die Freien Demokraten fordern eine stärkere Autonomie der Schulen, z. B. in der Verwaltung der Finanzmittel, der Einstellung der Lehrer und der Entwicklung eines schuleigenen Profils. Ein Kollegium, das zueinander paßt, kann

bei erweiterter Autonomie wieder mehr Spaß am Unterricht finden und durch höhere Motivation flexibel Unterrichtsausfälle verhindern und jeder Schule ein eigenes Profil geben.

Schulen in freier Trägerschaft müssen angemessen gefördert werden, da sie die öffentliche Hand entlasten und das Schulangebot gerade in pädagogischer Hinsicht bereichern.

Die Freien Demokraten fordern eine engere **Verzahnung von Schule und Hochschule**. Die hohe Abbrecherzahl und die Zunahme der Langzeitstudenten weisen auf **Fehlsteuerungen** im gegenwärtigen Bildungssystem hin. Bereits im Schulbereich muß allen Studierwilligen klar sein, was sie an den Hochschulen erwartet und welche Berufsaussichten bestehen.

Mehr Wettbewerb unter den Hochschulen soll deren Leistung fördern. Die F.D.P. will den **Hochschulen völlige Eigenständigkeit** geben - für die Auswahl der Studenten, für die Berufung des Lehrkörpers sowie für den Einsatz der Finanzmittel. Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß die Hochschulen künftig stärker "kundenorientiert" arbeiten. Die Studierenden als "Kunden" sollen über Studienschecks Nachfragemacht erhalten und damit die Hochschulen finanzieren. Das stärkt die Mitbestimmung der Studierenden, macht **Studiengebühren überflüssig** und erhöht die Leistungsanforderungen an Forschung und Lehre. Um dies umzusetzen, fordert die F.D.P., das bestehende Hochschulgesetz, das Fachhochschulgesetz und das Kunsthochschulgesetz zu einem **einheitlichen nordrhein-westfälischen Hochschulgesetz** zusammenzuführen. Der Hochschulzugang im Rahmen des zweiten und dritten Bildungsweges ist für Menschen, die ihre Leistungsfähigkeit und Qualifikation im Berufsleben unter Beweis gestellt haben, zu erleichtern.

Die F.D.P. fordert, die **Attraktivität der beruflichen Bildung zu stärken**. Sie muß zu einer echten Alternative zur gymnasialen Oberstufe werden. Wir brauchen künftig mehr Arbeitskräfte als bisher, die besonders praxisnah ausgebildet sind. Die F.D.P. fordert hierfür insbesondere die Stärkung der dualen Komponente im Fachhochschulstudium, wo Berufstätigkeit und Studium in besonderer Weise miteinander verknüpft werden können.

Um dem **Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz** gerecht zu werden, müssen die Kommunen vom Land finanziell gestärkt werden. Hierzu sind Umschichtungen im Haushalt dahingehend vorzunehmen, daß die über den Bund--

Länder-Finanzausgleich speziell für die Einrichtung von Kindergärten bereitgestellten Mittel auch zweckgebunden zugewiesen werden. Die Kindergartenbürokratie ist extrem zu vereinfachen; die Kompetenzen der Gemeinden sind zu erweitern. Dabei ist es dringend erforderlich, überhöhte Standards zu überdenken. Auch darf die Bemessung des Personals von Kindertagesstätten nicht ausschließlich nach festem Schlüssel erfolgen, sondern muß bei Bedarf (z. B. in sozialen Brennpunkten) flexibel nach oben angepaßt werden können. Über die Zahl und zeitliche Ausdehnung der Personalaufstockung entscheiden die Jugendhilfeausschüsse der Kommunen.

Dem Ziel des Gesetzes über Tagesstätten für Kinder entspricht am ehesten eine allgemeine Beitragsfreiheit für den Grundbetrag. Für die in Kindertagesstätten vorgehaltenen Verpflegungs- und Serviceleistungen ist ein dem Kostendeckungsprinzip entsprechender Beitrag zu erheben.

Private Initiativen zur Einrichtung und zum Betreiben von Kindertagesstätten sind zu fördern und zu unterstützen.

Der Rechtsanspruch kann auch durch Tagesmütter-(Väter-)plätze und durch Eltern-Kind-Gruppen gewährleistet werden.

Die Herausforderung: Schutz und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen

NRW braucht eine Umweltpolitik, die Klarheit über Umfang, Reihenfolge, Finanzierung, Effizienz und Erfolgskontrolle der Maßnahmen zur Minderung der Belastung der Umwelt schafft. Klarheit sollte auch darüber herrschen, welche Qualitätsziele im Umweltschutz vor allem aus Gründen der Vorsorge notwendig sind.

Die liberale Antwort: Markt und Einsicht statt Verordnungen!

Schutz der Umwelt bedeutet mehr, als gegen alles und jedes zu sein. Umweltschutz erfordert den sich selbst und anderen gegenüber verantwortlichen Menschen.

Liberales, die sich der Freiheit und damit den Freiräumen des einzelnen verpflichtet fühlen, empfinden eine besondere Verantwortung für die Umwelt. Unterlassener Umweltschutz ist freiheitszerstörend; Umweltschutz zu unterlassen schränkt die Entfaltung unserer Kinder und Enkel ein.

Deshalb wollen wir den **Generationenvertrag Umweltschutz**: Jede Generation muß dafür sorgen, der nachfolgenden keine verschlechterte, sondern eine verbesserte Umwelt zu hinterlassen. Auch daher sprechen wir uns gegen den Braunkohletagebau "Garzweiler II" aus.

Die hohen Aufwendungen für den Umweltschutz verlangen einen wirksamen Einsatz der Mittel. Die F.D.P. setzt auf die **soziale und ökologische Marktwirtschaft**. Die Liberalen halten nichts von Überregulierung durch Gesetze, Verordnungen, Erlasse usw. sowie bürokratischer Gängelung und Bestrafung durch Sondersteuern und Abgaben. Die F.D.P. fordert mehr Eigenverantwortung, Selbstverpflichtungen, vertragliche Abkommen mit den Nutzern der Umwelt, Anreize und auch mehr Wettbewerb zur Lösung der Umweltprobleme.

Die Einführung moderner umweltfreundlicher Anlagen oder Produkte muß erleichtert werden.

Wettbewerb zwingt zu zielgerichteter Forschung, und ohne solche Forschung gibt es keine Verbesserung zum Schutz von Gesundheit und Natur. Dabei müssen Wissenschaft und Forschung, Universitäten und Wirtschaft zur Erzielung bester Ergebnisse kooperieren. Innovationen auf

dem Gebiet des Umweltschutzes machen uns als Industrienation stark, sie schaffen und sichern Arbeitsplätze. Deshalb gilt es, **ökonomische und ökologische Kompetenz** nicht als Gegensatz zu betrachten, sondern sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Wir wollen nach Maßgabe des Verursacherprinzips so viel wie möglich in die Hand von Bürgern und Wirtschaft legen.

Staatliche Regelungen sind mehr und mehr auf die Gefahrenabwehr zu konzentrieren und zur **Formulierung von Zielvorgaben** zu nutzen. Eine solche Zielvorgabe, z.B. Abbau bestimmter Schadstoffbelastungen, könnte dann – unter staatlicher Ergebniskontrolle – dem Marktgeschehen überlassen werden.

Die F.D.P. plädiert für die zügige Wiederaufnahme der Energiekonsensgespräche mit dem Ziel der Sicherung eines gesunden Energiemixes für eine effiziente und umweltschonende Energieversorgung. Dazu gehören der zügige Ausbau des Einsatzes **regenerativer Energien** (Sonne, Wind und Wasser) sowie erhöhte Anstrengungen für einen rationellen und sparsamen Energieeinsatz. Der darüber hinausgehende Energiebedarf kann nur in dem Maße durch Kohle und Kernkraft gedeckt werden, wie es im Hinblick auf den CO₂-Ausstoß und im Hinblick auf die Betriebs- und Entsorgungssicherheit umweltverträglich ist. Kohle- und Kernenergiepolitik müssen im Zusammenhang gesehen werden.

Die Option für die **friedliche Nutzung der Kernenergie** muß offengehalten werden. Die Frage nach einer weiteren Nutzung der Kernenergie als Übergangsenergie darf nicht losgelöst von der Entsorgung, der Reaktorsicherheit, der CO₂-Problematik und der Versorgungssicherheit behandelt werden. Noch während der Laufzeit heutiger Kernkraftwerke muß der Versuch gemacht werden, eine Klimaschutzstrategie zu entwickeln und einzuführen, die auch ohne die Nutzung der Kernenergie erfolgreich sein kann.

Wir wollen, daß NRW das Energieland Nummer 1 bleibt - auch bei den modernen Energien. Wir bejahen und fördern daher den energiepolitischen Strukturwandel. Nicht nur Atomkraft, Erdöl, Erdgas, Braunkohle und Steinkohle dürfen auf die Dauer die energiepolitische Diskussion in NRW bestimmen. Nordrhein-Westfalen muß auch Vorreiter und Standort zukunftsträgiger Energieentwicklungen, der Braun- und Steinkohlevergasung und -verflüssigung, des noch besseren Wirkungsgrades bei der Verbrennung von

Braun- und Steinkohle, der verschiedenen regenerativen Energiearten, der Wasserstofftechnik und der Nutzung der Supraleiter sein.

Die Diskussion des von der F.D.P. befürworteten **ökologischen Umbaus des Steuersystems** muß getrennt von der Frage der Steinkohlefinanzierung geführt werden. Die F.D.P. setzt sich auch weiterhin für die Einführung einer CO₂-Energiesteuer ein, wenn parallel dazu mindestens in gleichem Umfang eine Absenkung der direkten Steuern, insbesondere der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer erfolgt.

Die Herausforderung:

Zu viel Staat, zu wenig Eigenverantwortung

Wir alle haben immer häufiger nach dem Staat gerufen - und der griff immer häufiger ein, zog mehr und mehr Verantwortung an sich. Das geschah in guter Absicht, die Folgen aber sind fatal: Die Bürokratie wuchert. Sie ist vielfach zum Selbstzweck geworden und unbezahlbar zudem. Der Bürger ist nicht nur entmündigt, das Übermaß an Bürokratie hat ihn auch entmutigt. Im Dickicht der Regelungen blieb Gerechtigkeit auf der Strecke. Für die Erneuerung des Landes ist das alles andere als eine gute Voraussetzung. Die Erneuerung braucht die Initiative, die Tatkraft vieler Bürger. Eine radikale Zäsur ist daher dringend vonnöten. Bürger machen den Staat, der Staat nicht den Bürger.

Die liberale Antwort:

Bürgersinn statt Bürokratie!

Die F.D.P. streitet für die **Bürgergesellschaft**. Sie fordert: Schluß mit dem ständigen Eingriff des Staates, immer mehr Gesetzen, Verordnungen, Regelwerken. Das kommt den Bürger immer teurer zu stehen und bringt ihm letztlich immer weniger.

Die öffentliche Verwaltung muß ein modernes Dienstleistungsunternehmen werden, das nach den Bedürfnissen des Staates, der Gesellschaft und der Bürger ausgerichtet ist.

Hierzu bedarf es einer längst überfälligen Verwaltungsstrukturreform, die durch sinnvolle Privatisierung, Deregulierung und Bürokratieabbau dazu beiträgt, dem wachsenden Vertrauensverlust des Bürgers in die Verwaltung und somit auch in den Staat entgegenzuwirken.

Wir wollen den **Behördenaufbau straffen** durch Einsparung von Instanzen, Abbau von Doppelzuständigkeiten, z. B. durch die Zusammenlegung von Verwaltungsebenen (Bezirksregierung, Landschaftsverbände und Landessonderbehörden). Entscheidungszuständigkeiten müssen so orts- und sachnah wie möglich sein: Bund und Land sollen nicht regeln, was die Gemeinden in **Selbstverwaltung** besser schaffen, die Gemeinden nicht, was die Bürger selbst erledigen können.

Mit der Reformierung der Verwaltung ist ebenfalls eine Reform des öffentlichen Dienstrechtes unaufschiebbar. Dabei steht für die F.D.P. nicht die Statusfrage, also "Angestellte statt Beamte" im Vordergrund, sondern vielmehr die Schaffung von Leistungsanreizen für die Beschäftigten des

öffentlichen Dienstes, damit es sich auszahlt, effizient und wirtschaftlich zu arbeiten.

Wir brauchen ein modernes Haushaltsrecht, das **Kostenrechnung** ebenso ermöglicht wie Kontrolle der **Wirtschaftlichkeit**. Ebenso dringlich sind mehr Transparenz und **Ausbau der Erfolgskontrolle für die Bürger**.

Spitzenpositionen des Landes dürfen nicht nach dem Parteibuch vergeben werden. **Die Parteibuchwirtschaft lähmt** Nordrhein- Westfalen.

Deswegen werden wir uns auch weiterhin für eine Stärkung der Unabhängigkeit des künftig unmittelbar von den Bürgern gewählten hauptamtlichen Bürgermeisters einsetzen: Seine Amtszeit muß länger als fünf Jahre sein und unabhängig von der Wahlzeit der Räte, damit persönliche und fachliche Kompetenz bessere Chancen haben als parteipolitisches Kalkül. Die F.D.P. wird die auf halbem Wege steckengebliebene Gemeindereform neu aufgreifen und im positiven Sinne für möglichst weitgefaßte Entscheidungs- und Verantwortungsspielräume in den Städten und Gemeinden vollenden. Dazu gehört auch eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs, die zu einem gerechteren Finanzsystem und zu Sparanreizen für die Kommunen führt. Pauschale Finanzausweisungen statt Objektförderungen führen zu mehr Vernunft in den Kommunalparlamenten.

Wir wollen mehr Einfluß der Bürger auf die Zusammensetzung der Räte durch freie Wahl unter allen Kandidaten, das heißt durch die Einführung von Kumulieren und Panaschieren auf Gemeindeebene. Liberale setzen sich für nach demokratischen Grundsätzen gewählte, themenorientiert arbeitende Jugendparlamente in den Kommunen ein. Über die Beschlüsse dieses Gremiums entscheidet der Rat.

Wir müssen in der Landespolitik ein Signal für den schlanken Staat setzen. Am besten fängt der neugewählte Landtag bei sich selbst an und reduziert die Zahl der Abgeordneten auf 151 (von derzeit 239). Es muß endlich Schluß sein, Strukturreformen im Lande nur anzukündigen, notwendig sind konkrete und verbindliche Aufträge an die Landesadministration. Die F.D.P. fordert dazu eine gesetzliche Initiative, mit der überholte Regelungen abgeschafft, Leistungsgesetze außer Kraft treten, bzw. befristet, konkrete Ziele, Inhalte, Methoden und Fristen vorgegeben werden. Nur so kann die notwendige Führungsfunktion des Landtages gesichert werden, nur so ist die dringend notwendige Verwaltungsstrukturreform als Standortoffensive für den Wirtschaftsraum NRW in einem vorgegebenen Zeitrahmen (max. zwei Jahre) abzuschließen.

Die Herausforderung:

Der Bürger wird zum Dukatenesel

Wachsende Steuern und Gebühren erdrosseln die Leistungsbereitschaft der Bürger in allen Einkommensgruppen.

Der Anteil des Staates an den volkswirtschaftlichen Aktivitäten ("Staatsquote") hat ebenso wie die Verschuldung der öffentlichen Hände eine Höhe erreicht, die am Ende unsere marktwirtschaftliche Ordnung zerstören könnte. Schon deshalb müssen wir umsteuern.

Die liberale Antwort:

Steuern, Abgaben und Schulden senken!

Beim Steuerrecht blickt keiner mehr durch, weder Bürger noch Finanzbeamte noch Gesetzgeber. Deshalb ist eine **Steuervereinfachung** dringend geboten. Es muß endlich wieder jedem Bürger möglich sein, seine Steuererklärung selbst auszustellen. Auch deswegen ist es notwendig, die Arbeit von Steuern zu entlasten und den Verbrauch stärker zu belasten. Es liegen genügend Vorschläge von Fachleuten auf dem Tisch. Sie müssen gegen mächtige Lobbyisten durchgesetzt werden.

Eine weitere Erhöhung der Steuerlasten ist strikt abzulehnen, sonst landen wir statt in der Bürgergesellschaft in der **Taschengeldgesellschaft**; im Gegenteil, die weit über 30 Steuerarten sind auf wenige Hauptsteuerarten, wie z. B. Einkommen-, Körperschafts-, Mehrwert- und Erbschaftssteuern zu reduzieren. Durch die Reduzierung von Aufgaben des Staates muß auch der Spielraum für eine schrittweise Senkung von Abgaben und Steuern geschaffen werden.

Die Gewerbesteuer ist zur **Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung** durch eine Beteiligung der Gemeinden an diesen Steuerarten mit einem eigenen Hebesatzrecht zu ersetzen. Dem Verlangen der SPD, die Gewerbesteuer auf freie Berufe und durch Wegfall der Freigrenzen auf alle kleinen Gewerbetreibenden, wie Handwerker, Wirte und Einzelhändler auszudehnen, erteilt die F.D.P. in NRW eine strikte Absage.

Steigende Strompreise, exorbitante Erhöhungen von Abwasser- sowie Abfallgebühren und sonstigen Gebühren belasten in den letzten Jahren zunehmend die privaten Haushalte in Nordrhein-Westfalen. Sie beeinträchtigen aber auch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und seiner Unternehmen. Sie sind häufig Folge des Kostenerstattungs-

prinzips, das den öffentlichen Unternehmen erlaubt, alle anfallenden Kosten über die Gebühren umzulegen, ohne sich um **Kostensenkungen** bemühen zu müssen.

Die F.D.P. spricht sich daher für eine **konsequente Entmonopolisierung** der Ver- und Entsorgungsbereiche und für eine nachhaltige Entflechtung von Kommunen und Ver- und Entsorgungsbetrieben aus. Energiepreise, Abwasser- und Abfallgebühren bedürfen einer **verstärkten öffentlichen Kontrolle** über öffentliche Hearings, einen "Gebühren-Ombudsmann" und die Stärkung der Rechte von Kunden und Verbrauchern.

Wir brauchen endlich ein Konzept zur Verringerung der horrenden **NRW-Verschuldung** von mittlerweile mehr als 122 Milliarden DM. Die ständige Schuldenmacherei zu Lasten der folgenden Generationen ist finanziell und moralisch nicht mehr zu verantworten. Schon heute verpulvert die Landeskasse jeden Tag rd. 22 Millionen DM allein für Zinsen.

Die Personal- und Sachausgaben des Landes sind zu reduzieren durch konsequente Privatisierung öffentlicher Leistungen und eine schonungslose Überprüfung aller staatlichen Aufgaben im Sinne von Deregulierung, Rationalisierung und Reduzierung von Ausstattungsstandards.

Dies geschieht am besten im Rahmen eines vom Landtag zu verabschiedenden "Bürokratieabbaugesetzes", das – selbst zeitlich befristet – das Instrumentarium, die Fristen, die Ziele und die Erfolgskontrollen für alle Instanzen verbindlich vorgibt.

Die Herausforderung:

Kriminalität bedroht Bürger und Staat

Die F.D.P. nimmt die Sorge der Bürger um die innere Sicherheit ernst. Zugenommen haben Straftaten, die den Bürger in seinem persönlichsten Bereich treffen: Wohnungseinbruch, Raub, Autodiebstahl.

Der Staat hat aus gutem Grund das Monopol für die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Wenn der Staat dieses Gewaltmonopol nicht durchsetzt, nehmen die Bürger ihr Recht wieder in die eigene Faust.

Für die Bürgerrechtspartei F.D.P. ist die Sicherung der Grundrechte der Bürger, des Rechts auf körperliche Unversehrtheit, des Rechts auf Eigentum ebenso selbstverständliche wie unabdingbare Aufgabe des Staates und der Politik.

Die liberale Antwort:

Straftaten vorbeugen und entschlossen bekämpfen!

Kriminalität kann nicht allein mit dem Strafrecht bekämpft werden. Vorrang müssen alle Anstrengungen haben, daß Straftaten erst gar nicht begangen werden.

Vorbeugung ist nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern aller Bürgerinnen und Bürger. Die vielfältigen Ursachen von Kriminalität - wie Perspektivlosigkeit von Jugendlichen, Verlust allgemein akzeptierter Wertvorstellungen, nachlassende Erziehungsfähigkeit von Familien - müssen bereits in Kindergarten und Schule angegangen werden. Notwendige Eigenvorsorge des Bürgers, etwa der Einbau von Sicherungseinrichtungen an Haus und Wohnung, muß durch bürgernahe Beratungsstellen der Polizei unterstützt werden.

Die F.D.P. fordert im Sinne einer Arbeitsteilung auch eine engere **Zusammenarbeit zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten**. Im Rechtsstaat darf es zwar keine Zweiteilung der Sicherheit der Bürger geben, angesichts der Bedrohung der Gesellschaft durch Kriminalität darf aber nicht übersehen werden, daß es Sicherheitsbedürfnisse im Lande gibt, die einen polizeilichen Einsatz nicht unbedingt erfordern. Eine Arbeitsteilung zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten bietet zudem die Chance, die Kosten der Sicherung dem Nutzer zuzuordnen und sie nicht automatisch der Allgemeinheit anzulasten. Die Polizei muß daher auch

bei der Sicherung von Großveranstaltungen durch den Einsatz von Ordnungskräften des Veranstalters entlastet werden.

Die **Verbesserung der Polizeiarbeit**, z. B. durch mehr moderne Technik, ist wesentliche Voraussetzung eines besseren Schutzes vor Kriminalität. Ein präsenter Polizist hält Täter mehr als alles andere von der Tat ab. Er ist dafür nicht nur bestens auszurüsten, sondern auch von anderen Aufgaben zu entlasten. Die hochqualifizierte Ausbildung der Polizeibeamten muß ungeteilt der Bekämpfung und Verhütung der Kriminalität dienen. Die Polizei gehört auf die Straße, an die Brennpunkte der Kriminalität, nicht an den Schreibtisch.

Während im Bereich der kleinen Sünden des Alltags, der Ordnungswidrigkeiten, der Bürger selbstverständlich und immer mehr zur Kasse gebeten wird, hält im Strafrecht die Tendenz zur Bagatellisierung an. Inzwischen können auch Täter aus der mittleren Kriminalität damit rechnen, ohne jede Strafe davonzukommen. **Doch Ladendiebstahl ist kein Kavaliersdelikt:** Jedes gestohlene Stück muß von ehrlichen Kunden mitbezahlt werden.

Die Justiz muß durch eine verbesserte Organisation und Einsatz moderner Technik in die Lage versetzt werden, auf Massenkriminalität schnell zu reagieren. Lange Verfahren ermuntern insbesondere Intensivtäter, ihr sozialschädliches Verhalten fortzusetzen. Die F.D.P. hat durch verbesserte Möglichkeiten für **beschleunigte Verfahren** gesorgt, damit das Strafrecht besser und schneller angewendet werden kann.

Die Freiheitspartei F.D.P. sieht mit Sorge den Anstieg der **organisierten Kriminalität** in unserem Lande. Sie hat im Bund in den letzten drei Jahren dafür gesorgt, daß das gesetzliche Instrumentarium zur Bekämpfung dieser besonders gefährlichen Kriminalitätsform verbessert worden ist. Im Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, im Geldwäschegesetz und Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994 sind wichtige Vorschriften enthalten, die es z.B. ermöglichen, besser an Kriminalitätsgewinne heranzukommen.

Die Herausforderung:

Auf verstopften Straßen geht es nicht mehr voran

Rau-Land ist Stauland. Die Öffnung zum Osten bringt dem Transitland in der Mitte Europas zusätzlichen Verkehr - besonders in Ost-West-Richtung. Halbfertige Straßen liegenlassen, seit Jahren geplante nicht zu bauen oder die Innenstädte rigoros für Autos zu sperren: das sind keine Antworten auf den wuchernden Verkehr. Radikale Maßnahmen sind noch keine intelligenten Lösungen. Sie ersetzen auch keine Verkehrskonzepte. Mit blindwütiger Politik läßt sich der Verkehr nicht vermeiden. Sie hilft keinem, weder dem Bürger, noch der Wirtschaft, noch der Umwelt.

Die liberale Antwort:

Spurwechsel in der Verkehrspolitik!

Mobilität ist ein Urdrang des Menschen, Voraussetzung und Folge von Industrie, Handel und Dienstleistungen. Deshalb will die F.D.P. eine Verkehrsinfrastruktur, die Mobilität ermöglicht, nicht verhindert und zukünftiges Verkehrsaufkommen berücksichtigt.

Wo sich individuelle Mobilität wechselseitig behindert (Staus), müssen Angebote für eine Bündelung von Verkehrsleistungen geschaffen oder ausgebaut werden. Planung und Bereithaltung der Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Schienen, Wasserwege, Luftkorridore) sind eine öffentliche Aufgabe; die Erbringung von Verkehrsleistungen sollte privatrechtlich organisiert sein.

Wir brauchen eine intelligente Vernetzung der Verkehrssysteme, die es uns ermöglicht, auf das Auto zu verzichten, weil es bessere Möglichkeiten gibt, mobil zu sein. An Voraussetzungen für einen integrierten Verkehr mangelt es dem Lande nicht. Hierzu zählen auch die verkehrliche Verknüpfung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn mit der Bahn und S-Bahn sowie eine bessere Anbindung des Flughafens Münster/Osnabrück an die Autobahn. Die Techniken dafür stehen zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen könnte Vorreiter sein. Seine Verkehrsinfrastruktur bedarf dringend der Modernisierung. Bislang ist nicht einmal der Anschluß an die Hochgeschwindigkeitstechnik der Bahn gelungen. Der Ausbau der Schnellbahnstrecke Paris-Brüssel-Köln muß daher im Zuge der europäischen Vernetzung der Verkehrsträger größere Bedeutung erlangen. Eine durch-

greifende Modernisierung des Verkehrs wird von Grünen und einem Teil der SPD auch nicht gewollt. Die setzen lieber auf das Knöllchen, um das Auto zu verdrängen. Die F.D.P. fordert intelligentere Maßnahmen. Ohne sie droht dem Standort NRW Schaden.

Die Innenstädte haben bereits Schaden genommen. Die Politik der rigorosen Verdrängung des Autos beginnt, das Dienstleistungsangebot gefährlich auszudünnen. Deshalb erteilt die F.D.P. der autofreien Stadt eine klare Absage. Wir wollen eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten, also auch der innerstädtischen Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe und ihrer Kunden, weil sonst unsere gewachsene Stadtkultur nicht erhalten bleibt.

Die F.D.P. setzt zur Entlastung der Straßen vom Güterverkehr im innerstädtischen Raum auf die Entwicklung neuer Waren- und Gütertransportsysteme. Elektronisch gesteuerte "Rohrpostsysteme" ermöglichen in Verbindung mit Güterverteilzentren neue Dimensionen umweltfreundlicher Transporte.

Der Güterfernverkehr gehört auf die Schiene und auf das Wasser, nicht auf die Straße.

Die Herausforderung:

Nicht nur Städte hat das Land

Der Strukturwandel auf dem Lande hält unvermindert an. Die flächendeckende Landwirtschaft ist in der bisherigen Form nicht aufrechtzuerhalten. Die Überschußproduktion muß abgebaut werden. Die Beschäftigung in der Landwirtschaft wird also weiter zurückgehen. Die Abwanderung, vor allen **der jüngeren** Generation wird anhalten, wenn wir ihr keine Perspektive bieten. Diese Entwicklung ist gegenläufig zur wachsenden Bedeutung des ländlichen Raumes für den Natur- und Umweltschutz.

Die liberale Antwort:

Den ländlichen Raum wirtschaftlich stärken!

Die F.D.P. will eine Politik, die den ländlichen Raum als ein Ganzes erfaßt - die bäuerliche und sonstige Wirtschaft sowie den Umwelt- und Naturschutz.

Die Agrarpolitik muß den Kräften des Marktes wieder verstärkt Einfluß geben. Die bäuerlichen Betriebe müssen ihre Einkommen wieder durch eigene Leistungen sichern können.

Um der Abwanderung entgegen zu wirken, ist der ländliche Raum wirtschaftlich zu entwickeln. Der landwirtschaftliche Erwerb braucht Alternativen, vor allem solche, die bestehende Erwerbsstrukturen ergänzen, wie Fremdenverkehr, Freizeit, Wirtschaft, Landschaftspflege, Naturschutz oder auch die Entwicklung regenerativer Energien wie nachwachsende Rohstoffe.

Deshalb fordern die Liberalen auch bedarfsgerechte, moderne Verkehrssysteme im ländlichen Raum sowie eine angemessene Anbindung an die Mittel- und Oberzentren. Darüber hinaus müssen Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen verbessert, Gewerbegebiete ausgewiesen und Infrastruktureinrichtungen geschaffen werden.

Raumordnung und Landesplanung sollten dem hohen Stellenwert der Landwirtschaft für die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes dadurch Rechnung tragen, daß sie landwirtschaftliche Vorranggebiete ausweisen.

Der Schutz der heimischen Natur muß verstärkt werden, darf aber nicht zur Aussperrung des Menschen von der zu schützenden Natur führen. Ein Interessenausgleich sollte durch klare und angemessene Vertragslösungen mit der Landwirtschaft sowie für Sport und Freizeit angestrebt werden.

Die Herausforderung:

Sport fördern. Gesundheit stärken

Die Gesundheit ist unser höchstes Gut. Sie bestimmt entscheidend die Lebensqualität. Denn gesund sein heißt, über ein großes Stück Freiheit zu verfügen. Auch deshalb hat die Gesundheitspolitik für die F.D.P. einen besonderen Stellenwert. Die Bedrohung durch HIV und Drogen sowie neue Belastungen für das Gesundheitswesen durch die starke Zunahme von oft ernährungsbedingten Zivilisationskrankheiten und chronischen Erkrankungen bei älteren Menschen drängen nach einer neuen Gesundheitspolitik. Der Mangel an Bewegungsangeboten und Bewegungsmöglichkeiten verschärft diese Probleme und erschwert die gesunde Entwicklung unserer Kinder.

Die stolze, selbstverleiheene Bezeichnung "Sportland Nordrhein-Westfalen", die von der SPD-Landesregierung gerne präsentiert wird, ist nicht viel mehr als eine leere Floskel. Jeder Bereich des Sportes, der bisher vom Land gefördert wird, weist sich verringernde Ressourcen auf, der Sportstättenbau in NRW geht gegen Null, Zuschüsse für andere Bauträger im Sport fließen nicht mehr, Sportlehrer an Schulen, vor allem in Grundschulen, haben Seltenheitswert. Die Liste ist lang und könnte beliebig fortgesetzt werden.

Die liberale Antwort:

Mehr Vorsorge spart Nachsorge!

Die oft durch ungesunde Lebensweise und Ernährung hervorgerufenen Beschwerden und chronischen Erkrankungen älterer Menschen sind häufig Mehrfacherkrankungen. Sie führen wegen der dauerhaften Behinderungen zu hohen Kosten für die Gesellschaft. Die F.D.P. fordert ein Programm GESUND ALT WERDEN mit dem Ziel, die Vorbeugung gegen die im Alter am häufigsten auftretenden Krankheiten nachhaltig zu verstärken. Es geht um gezielte Angebote zur gesunden Ernährung, Lebensweise und körperlicher Bewegung von Geburt an sowie um Förderung der Früherkennung drohender Erkrankungen durch verstärkte Forschung und Aufklärung. Für alte, kranke Menschen ist die **Betreuungsinfrastruktur** mit ambulanten Hilfsdiensten, Tages- und Nachtpflegemöglichkeiten, Einrichtungen der Rehabilitation sowie betreutes Wohnen auszubauen. Auch der Bau alten- und krankengerechter Wohnungen ist zu verstärken.

Sport- und Freizeitangebote tragen besonders zur Verbesserung der Lebensqualität bei. **Sport ist Teil unserer Freiheit**, Leitideen wie: Selbstbestimmung, Selbstdisziplin, Selbstverantwortung, Selbstverwirklichung sprechen eine deutliche Sprache, vor allem in einer liberalen Partei. Sportpolitik aus diesem Sportverständnis muß ein großes Ziel haben: ein Land zu schaffen, von dessen Bürgern möglichst jeder nach seiner Fassung Sport treiben kann! Die F.D.P. fordert daher ein Ende des Sportstättendesasters. Neue Erkenntnisse müssen berücksichtigt werden. Sport muß unseren Kindern Spaß machen, nur dann finden sie den Weg zum Sport statt zur Spritze! Dies bedeutet auch, daß dem Breitensport mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist als bislang, ohne die bisherige Förderung des Spitzensports zu vernachlässigen. Besondere Zuwendung ist notwendig gegenüber Kindern, Alten und Behinderten. Die Konfrontation von Umweltbedenken und Sportbedarf muß umgewandelt werden in Kooperation! Die F.D.P. unterstützt die Zusammenarbeit zwischen Krankenkassen und Sportvereinen im Rahmen der Gesundheitsfürsorge.

Die Suchtbekämpfung muß stärker darauf gerichtet werden, den Einstieg in eine Sucht zu verhindern. Gerade hier, wo Heilung so schwer ist, muß der Vorbeugung die erste Priorität gehören. Die F.D.P. fordert verstärkt spezielle Programme, um Kinder stark zu machen, sie gegen Gefährdungen zu stabilisieren. Die flächendeckende Versorgung mit Hilfsangeboten für Drogengefährdete sowie durch Sekten bzw. Kriminalität Bedrohte ist qualifiziert auszubauen.

Die Behandlung von Suchtkranken muß verbessert werden unter anderem durch direktere, schnellere und qualifiziertere Hilfen sowie durch ambulante und stationäre Therapieangebote. Es darf keine Wartezeiten mehr für Hilfesuchende geben. Die **Substitutionstherapie**, z. B. Methadon, muß entideologisiert und die Möglichkeiten zur Nachsorge und ärztlicher Begleitung müssen gesichert sein.

Zur Verhütung von HIV-Infektionen fordert die F.D.P. zusätzliche Programme speziell für Drogenabhängige – unter anderem Angebote für betreutes Wohnen. Die Bedrohung durch AIDS ist in Deutschland im Vergleich zum Ausland, auch zum europäischen, sehr gering. Dies ist das Ergebnis der frühzeitigen und intensiven **Aufklärungskampagnen**. Hier muß weitgemacht werden. In den Anstrengungen darf nicht nachgelassen werden. AIDS ist bislang unheilbar. Für die Betroffenen wie für die Gesunden gilt

deshalb: Mit der Krankheit leben lernen. Die F.D.P. streitet für entsprechende Programme, für aktive Hilfen, für Aufklärung mit dem Ziel, Ausgrenzungen der Kranken zu verhindern.

Die Reform des Gesundheitswesens darf nur einem Ziel dienen, der bestmöglichen Versorgung der Patienten. Da die Kosten als Folge der demographischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts auch zukünftig weiter steigen werden, sind die Mittel der Gemeinschaft der Versicherten auf die notwendigen Leistungen zu begrenzen. Die Versicherten sind an weitergehenden Kosten sozialverträglich zu beteiligen. Die F.D.P. fordert, daß an Stelle von Sachleistungen alle Versicherten die Kostenerstattung wählen können. Das stärkt die **Eigenverantwortung** und entlastet die freiberufliche ärztliche Tätigkeit von sachfremden Aufgaben.

Die F.D.P. sagt Schluß mit der Deckelung der Ausgaben für ärztliche Leistungen. Der freie Zugang zum Facharzt darf nicht eingeschränkt werden. Im Interesse der bestmöglichen Versorgung der Patienten tritt die F.D.P. für eine verstärkte Vernetzung von ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten ein. Die F.D.P. fordert aber auch gleiche Wettbewerbsbedingungen für Krankenhaus und Praxis. Eine Totalverlagerung der ambulanten Medizin in Krankenhausambulatorien bzw. Polikliniken lehnen wir ab.

Der Erneuerung aus der Mitte verpflichtet:

NRW braucht den frischen Wind liberalen Geistes

Nordrhein-Westfalen hat seine einstige Schubkraft verloren. Es fällt zurück auch gegenüber anderen Bundesländern. Die Zeichen dafür sind untrüglich: Die Arbeitslosigkeit im Lande ist überdurchschnittlich hoch. Rasch wachsen die Schulden. Sie verengen die Zukunftsperspektiven des Landes. Der Abschwung muß gestoppt werden. Das Land braucht den Aufbruch zur Erneuerung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft.

Nordrhein-Westfalen braucht den frischen Wind liberalen Geistes. Es war die F.D.P., die beim Wiederaufbau Deutschlands die Richtung mit wies und für Stabilität sorgte – im Bund wie in Nordrhein-Westfalen. Die F.D.P. war der Garant, daß die Erneuerung Nachkriegsdeutschlands aus der politischen Mitte heraus betrieben wurde, allen Machtwechseln zum Trotz.

Dieser Tradition, die dem Land Erfolg und Wohlstand brachte, fühlen wir uns auch in der Zukunft verpflichtet. Links und Rechts erteilen wir eine eindeutige Absage. Wir warnen vor den Gefahren einer "Erneuerung" Deutschlands von den Rändern des Parteienspektrums her. Die Erneuerung des Landes muß wieder aus der politischen Mitte kommen. Nur wir können das Land auf diesem Kurs halten.

Erneuerung erfordert Veränderungen. Wir wollen diese Chance mit Ihnen nutzen. Wir dürfen nicht weiter warten. Es muß gehandelt werden, sonst schaffen wir unter den Altlasten den Aufbruch nicht mehr.

Denn die Zeit läuft der Erneuerung davon. Die Arbeitslosigkeit wächst, die finanziellen Spielräume werden kleiner, die Probleme im Lande werden größer. Wir müssen entschlossen nach vorne gehen. Die beiden großen Volksparteien sind dazu offenbar nicht im Stande. Erneut sieht die F.D.P. ihre historische Chance, die Pattsituation aufzubrechen, Schrittmacher der Erneuerung zu werden.

Wir wissen: Das ist eine Politik für die Mutigen in unserem Lande. Auf die bauen wir am 14. Mai 1995.

Grundlage unserer Arbeit sind neben „Die liberale Vision“ u. a. die nachfolgend aufgeführten Beschlüsse und Aussagen, die ausführlich über liberale Ziele informieren und in gedruckter Form vorliegen.

- Mit dem Auto in die Stadt
Grundsätze und Lösungsvorschläge der F.D.P. Nordrhein-Westfalen (1994)
- Anstoß zur Schulpolitik (1992)
- Hochschulpolitische Thesen
Liberales Konzept zur Weiterentwicklung der Hochschulen (1993)
- Kultur-Investitionsgut der Zukunft
Liberales Forderungen zur Kulturpolitik in NRW (1993)
- Ein neuer Aufbruch für den
ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen (9/1994)
- Über die Notwendigkeit einer
Sportoffensive in den Kommunen
(Nachdruck aus „das rathaus“, Ausg. 2/94 – 9/1994-) und
„Sport Stadt(t) Gewalt“ (Beschluß der VLK – 9/1994)
- Leitlinien für das kommunalpolitische Geschehen
Aufruf der F.D.P. NRW zur Kommunalwahl 1994

Zu bestellen bei:

F.D.P.-Landesverband NRW
Postfach 3203 48, 40418 Düsseldorf
Telefon 02 11/4 97 09-0
Fax: 02 11/4 97 09-10